

Eintreten für die Tarifwende: Tarifbindung in Sachsen stärken!

Bundesweit ist die Tarifbindung in Deutschland in den letzten Jahren zurückgegangen. Dieser Rückgang schadet nicht nur den Beschäftigten, sondern auch der Allgemeinheit.

Milliardenverluste durch Tarifflicht

Fehlende Tarifverträge führen zu massiven Mindereinnahmen bei den Sozialversicherungen und bei der Einkommenssteuer. Das belegen die vom DGB veröffentlichten Berechnungen. Der Schaden in Sachsen summiert sich demnach bei den Sozialversicherungen jährlich auf 3,3 Milliarden Euro sowie 1,9 Milliarden Euro bei der Einkommensteuer. Die mangelnde Tarifbindung schmälert zudem die Kaufkraft der Beschäftigten um rund 4,6 Milliarden Euro jährlich.

EINTRETEN FÜR DIE
#TARIFWENDE

Deutscher
Gewerkschaftsbund
Sachsen DGB

Kosten der Tarifflicht in Sachsen:

Mindereinnahmen der Sozialversicherungen	3,3 Mrd. Euro
Mindereinnahmen Steuern	1,9 Mrd. Euro
Kaufkraftgewinn, wenn Beschäftigte tarifgebunden wären	4,6 Mrd. Euro

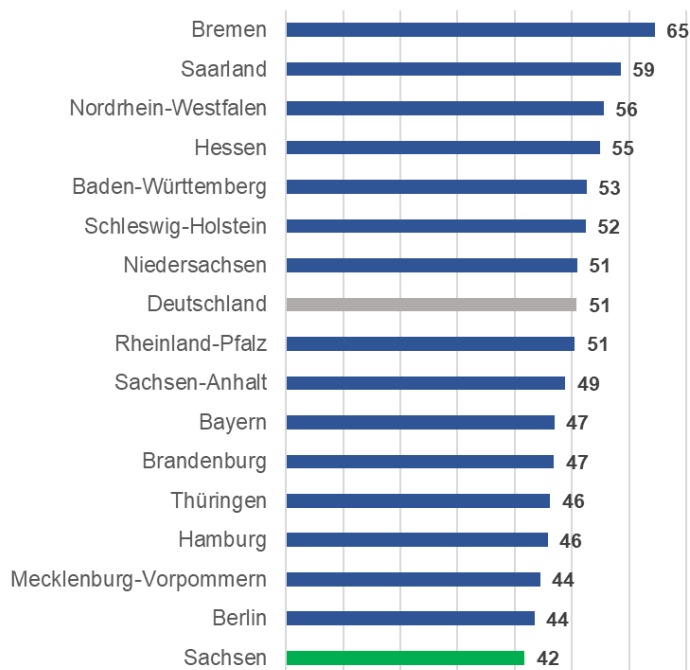
Die DGB-Berechnungen basieren auf der jüngsten Verdiensterhebung (VE), die das Statistische Bundesamt zuletzt für das Jahr 2022 erhoben hat.

Um die vielfältigen aktuellen Herausforderungen wie den Strukturwandel, die Transformation, den Energiewandel und den demografischen Wandel zu meistern und gleichzeitig die Demokratie zu stärken, benötigen wir einen handlungsfähigen Staat, der den Menschen Sicherheit gibt. Milliardenverluste können wir uns schlichtweg nicht leisten. Tarifflicht schadet der Allgemeinheit und der Zukunft der Menschen.

Sachsen ist Schlusslicht bei der Tarifbindung

Sachsen steht bei der Tarifbindung mit lediglich 42 Prozent der Beschäftigten, die in Betrieben mit Tarifvertrag arbeiten, gar nicht gut da. Nur 17 Prozent der Betriebe in Sachsen sind tarifgebunden.

Beschäftigte in Betrieben mit Tarifbindung 2022 (in Prozent)



Quelle: IAB-Betriebspanel, eigene Darstellung DGB Sachsen

Eintreten für die Tarifwende!

Der DGB wird in den kommenden Monaten eine bundesweite Kampagne durchführen und für eine Stärkung der Tarifbindung in die Offensive gehen.

Die Politik in Sachsen muss jetzt handeln und die Instrumente zur Stärkung der Tarifbindung nutzen. Dazu gehört, öffentliche Gelder nur noch an Unternehmen mit Tarifvertrag zu vergeben. Wir brauchen eine Tariftreuregelung für das Land und die Kommunen im sächsischen Vergabegesetz! Weiter muss der „Ohne-Tarif-Mitgliedschaft“ in Arbeitgeberverbänden ein Riegel vorgeschoben werden, damit sich Unternehmen nicht aus der Tarifbindung herausstellen können.